

**Gemeinderat von Zürich**

27.10.99

**Postulat**

von Romeo Steiner (CVP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie eine Versicherungsmöglichkeit (Krankentaggeldversicherung) sowie die Möglichkeit der Abgeltung der erheblichen Mehrkosten bei der Anstellung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit erhöhtem Risiko einer Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit geschaffen werden kann, damit deren (Wieder-)Beschäftigung im Arbeitsmarkt erleichtert wird.

**Begründung:**

Gesamtarbeitsverträge schreiben in aller Regel den Abschluss einer Krankentaggeldversicherung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor. Bei vorbestehenden Krankheiten oder solchen mit besonderer Rückfallgefahr (z.B. Chronischkranke oder HIV-positive Menschen) machen die Krankentaggeldversicherer jedoch häufig einen Vorbehalt; dies führt im Krankheitsfall zu einer Ersatzleistungspflicht des Arbeitgebers. Aber auch ohne Vorbehalt ist der Arbeitgeber jeweils während der Aufschubzeit lohnfortzahlungspflichtig.

Je mehr Leistungen bei Krankheitsfall in einer Firma bezogen werden, umso höher werden für die Firma entsprechend auch die Prämien. Die Anstellung eines "Risikofalles" kann somit für einen Arbeitgeber bzw. dessen Firma erhebliche finanzielle Konsequenzen haben, wenn eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer in der Folge längere Zeit oder wiederholt arbeitsunfähig wird.

Daraus folgt, dass die Anstellung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, welche voraussehbar immer wieder oder für längere Zeit infolge Krankheit arbeitsunfähig werden, für einen Arbeitgeber nicht attraktiv ist. Dies führt zu einer erheblichen Benachteiligung solcher Personen auf dem Arbeitsmarkt und ggf. auch zu einer Mehrbelastung der Sozialhilfe.

Zu schaffen ist die Möglichkeit, den Erwerbsausfall von in erhöhtem Mass krankheitsgefährdeten oder kranken Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei einem Krankentaggeldversicherer vorbehaltlos und separat zu versichern, wobei sich der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer bzw. die Arbeitnehmerin im Umfang der jeweils betriebsüblichen Prämienbelastung an der Prämienbezahlung beteiligen. Die zusätzlichen Prämienkosten gehen zu Lasten des Gemeinwesens im Sinne einer Integrationsmassnahme. Zusätzlich ist eine Möglichkeit zu suchen, den Arbeitgeber im Zusammenhang mit seiner Lohnfortzahlungspflicht während den Aufschubzeiten zu entlasten, sei es durch eine verkürzte Aufschubzeit oder durch eine Kostengutsprache des Gemeinwesens, wenn die Lohnkostenbelastung das übliche Mass erheblich übersteigt.

Als Alternative zur Versicherungslösung bleibt zu prüfen, ob das Gemeinwesen eine Kostengarantie für erhebliche Mehrkosten des Arbeitgebers bei der Anstellung solcher Personen geben kann.

Einen derartigen erweiterten Versicherungsschutz oder eine Kostengarantie würde die Vermittlung und Wiedereingliederung von in erhöhtem Mass krankheitsgefährdeten oder kranken Menschen in den Arbeitsmarkt wesentlich fördern.

